

Priesterbildung: Die Generaldebatte der Bischofssynode

Entsprechend dem gewohnten Schema hatte auch die achte ordentliche Vollversammlung der Bischofssynode, die vom 30. September bis zum 28. Oktober im Vatikan tagte, *zwei Hauptteile*. In den ersten beiden Wochen kamen die Synodenväter im Plenum zusammen, um nach den Eröffnungssitzungen (mit einem Grundsatzreferat von Kardinal *Ratzinger* zum katholischen Verständnis des Priestertums, Berichten von Kardinälen aus den fünf Erdteilen über ihre Erfahrungen mit der Institution Bischofssynode in den vergangenen fünfundsiebenzig Jahren und dem einleitenden thematischen Überblick des Relators, des brasilianischen Kardinals *Lucas Moreira Neves*) in der Generaldebatte nacheinander ihre Interventionen vorzutragen. Nur von dieser ersten Phase der Vollversammlung, die vor dem Redaktionsschluss für dieses Heft abgeschlossen war, soll hier die Rede sein. Ein Bericht über den zweiten Teil der Synodenarbeit (Diskussion in den „*circuli minores*“, Erarbeitung von Propositionen als Grundlage für ein päpstliches Dokument) folgt im Dezemberheft.

Zwei Grundlinien kristallisierten sich heraus

Das *Thema* der Vollversammlung „Die Priesterbildung unter den gegenwärtigen Verhältnissen“ war nicht so breit angelegt wie das der „*Laiensynode*“ von 1987. Dementsprechend tauchten in vielen Interventionen der ersten beiden Wochen immer wieder die gleichen Anliegen und Fragen auf. Es ging vor allem um die Möglichkeiten der Förderung von Priesterberufungen, um die Grunddimensionen der Priesterausbildung (Theologie, Spiritualität, Pastoral) und um das *Seminar* als wichtigsten Ort für diese Ausbildung. Dennoch war die Generaldebatte kei-

neswegs eintönig. Dafür sorgten die Akzente und Schattierungen, die sich aus der Herkunftsregion der jeweiligen Synodenväter wie aus ihren unterschiedlichen Ausgangspunkten und Zielvorstellungen bei den Aussagen über Bildung, Aufgaben und Stellung des Priesters ergaben.

Besondere Aufmerksamkeit fanden die Interventionen der Bischöfe aus *Osteuropa*, die über die Situation der Priesterausbildung in ihren Ländern nach der Wiederherstellung der Kirchenfreiheit berichteten. Für sie stehen derzeit vielfach die materiellen und finanziellen Probleme im Vordergrund: Neue Seminare wurden eingerichtet, und es gibt teilweise einen großen Zustrom von Kandidaten, aber es fehlen Gebäude, Unterrichtsmaterialien und qualifizierte Mitarbeiter für die Priesterausbildung. Bischof *Petru Gherghel* aus dem rumänischen Jași berichtete, daß man in seinem Seminar von 245 Bewerbern aus Raummangel nur 152 aufnehmen können. Nach Angaben des Großserbisches von Lemberg, Kardinal *Myroslaw Lubachivsky* und des Bischofs von Ivano-Frankivsk in Galizien, *Sophron Dmyterko*, verfügt die seit Ende 1989 teillegalisierte ukrainisch-katholische Kirche inzwischen über drei Seminare mit insgesamt etwa 800 Priesteramtskandidaten. Das Seminar im weißrussischen Grodno, das am 1. September seinen Betrieb aufnahm, zählt 39 Alumnen. Die Synodenväter aus dem bisherigen Ostblock gaben allerdings neben der Freude über die neuen Wirkungsmöglichkeiten der Kirche auch ihre Sorgen angesichts der kommunistischen Erblast zu Protokoll: Viele Priesteramtskandidaten sind in einem zwangsatheistischen Umfeld aufgewachsen und verfügen teilweise nur über rudimentäre Kenntnisse des christlichen Glaubens. Der Prager Weihbischof *František Lobkowicz*

sprach von der geistigen Leere in seinem Land und der Notwendigkeit einer neuen Evangelisierung der Bevölkerung.

In den Voten von Bischöfen aus dem westlichen Europa und aus Ortskirchen der Dritten Welt spiegelte sich die regional sehr unterschiedliche Entwicklung des Priesternachwuchses wider. Vor allem afrikanische Synodenväter konnten auf hohe Seminaristenzahlen in ihren Ländern verweisen. Der nigerianische Bischof *Albert Kanene Obiefuna* berichtete, daß es in Nigeria drei Seminare mit ca. 500 und vier mit zwischen 200 und 250 Alumnen gebe. Demgegenüber machten sich Vertreter europäischer Bischofskonferenzen der Synode Gedanken über den spärlichen Nachwuchs. So stellte Kardinal *Godfried Danneels*, Erzbischof von Mechelen-Brüssel fest, in Belgien gebe es zwar beste organisatorisch-institutionelle Voraussetzungen für Priesterberufungen (blühende katholische Schulen und Jugendbewegungen, gut organisierte Pfarreien), aber trotzdem nur wenige Priesteramtskandidaten. Er führte dies auf einen Mangel an Glauben bei der Jugend zurück, die sich zwar für innerweltliche Ideale einsetze, aber zuwenig Verständnis für die vertikale Dimension habe.

Im Blick auf die anzustrebende künftige Konzeption von Priesterbildung kristallisierten sich in der Generaldebatte der Vollversammlung *zwei Grundlinien* heraus, die jeweils Befürworter aus allen Erdteilen fanden. Ein Teil der Synodenväter setzte vor allem auf eine theologische, spirituelle und kirchliche Identität des Priesters als „Mann Gottes“: Er soll demnach die traditionellen Grundelemente der priesterlichen Spiritualität (tägliche Meßfeier, Marienverehrung, Bußsakrament) pflegen, in Treue zur Lehre der Kirche und zum Lehramt stehen und durch seine Ausbildung im Seminar gefestigt genug sein, um sich den schädlichen Einflüssen der Gesellschaft entgegenzusetzen und den Gläubigen dadurch ein Vorbild sein zu können. So beklagte Kardinal *José Freire Falcão*, der Erzbischof von Brasilien, es gebe Seminare, die sich säkula-

risiert hätten und denen der Sinn für das Heilige fehle. Kardinal *Giacomo Biffi*, der Erzbischof von Bologna, meinte, es müsse bei der Priesterausbildung nicht primär um die Fähigkeit zum Dialog, sondern um die Wahrheit Gottes und seine Gnade gehen. Man dürfe sich im Seminar nicht so sehr um aktuelle Probleme und um die Vorwegnahme pastoraler Erfahrungen kümmern, sondern müsse sich um die Entwicklung eines in einer richtigen und soliden Theologie ausgedrückten Glaubens bemühen. Theologiedozenten im Seminar müßten Glaubende mit einem „stark ausgeprägten Sinn für die unsichtbare Welt und einem klaren Bewußtsein der Einzigartigkeit der Glaubenserkenntnis“ sein.

Nur wenig Kritik am Pflichtzölibat

Demgegenüber legten andere Synodenväter den Akzent stärker auf die Verbindung von allgemeinem Priestertum und Amtspriestertum auf die Notwendigkeit, die künftigen Priester an die Zusammenarbeit mit den Laien heranzuführen und sie in Kultur und Gesellschaft so zu verwurzeln, daß sie dort ihre Aufgaben wirksam erfüllen könnten. Die Identität des Priesters wurde dabei stärker von seiner Sendung und seiner Zuordnung zum Gottesvolk als von seiner persönlichen Frömmigkeit bzw. seiner Weihe bestimmt. So betonte etwa Kardinal *Aloisio Lorscheider*, der Erzbischof von Fortaleza (Brasilien), der Ort des Priesters sei *im Volk Gottes*, weder neben ihm noch über ihm. Es sei seine Aufgabe, der Gemeinschaft der Gläubigen beim Lesen und Weitergeben des Wortes Gottes zu helfen und die Zeichen der Zeit zu deuten. Bischof *Johann Weber* von Graz, der die österreichische Bischofskonferenz vertrat, forderte ein neues Modell des Priesters, das dennoch auf dem bleibenden theologischen Fundament aufruhe. Der Priester müsse Freude und Angst der Menschen von heute teilen.

Gefordert wurde in der Generaldebatte auch mehrfach eine *stärkere Inkulturation der Priester*, die auch deren Ausbildung prägen müsse. So ver-

langte der Bischof von Machala (Ecuador), *Nestor Rafael Herrera Heredia*, neue Wege für die Ausbildung von Priesteramtskandidaten aus der indianischen Urbevölkerung. Die gegenwärtige Seminausbildung entwurde die Priester und entfremde sie gegenüber ihrer eigenen kulturellen Herkunft. Mit gleicher Tendenz äußerte sich aus der Sicht seines asiatischen Heimatlandes der Bischof von Galle (Sri Lanka), *Sylvester Wewitavindanelage*: Die Priesterausbildung müsse in der jeweiligen Regionalsprache erfolgen und einen ständigen Dialog zwischen Glaube, Erfahrung und kultureller Wirklichkeit fördern. Der Erzbischof des indischen Bangalore, *Alphonsus Mathias*, sprach sich für eine stärkere Berücksichtigung der asiatischen Religiosität in der Priesterausbildung aus.

Im Vorfeld der Vollversammlung galt das Interesse nicht zuletzt der Frage, ob und mit welcher Stoßrichtung die Bischöfe das Thema *Zölibat* zur Sprache bringen würden. Tatsächlich war vom priesterlichen Zölibat und seinen Problemen in einer ganzen Reihe von Interventionen mehr oder weniger ausführlich die Rede. Allerdings stellten dabei nur einige wenige Bischöfe den Pflichtzölibat in Frage, so etwa der Bischof von Nassau (Bahamas), *Lawrence A. Burke*: Man müsse sich heute fragen, ob das ordinierte Priestertum überall unverheirateten Männern vorbehalten sein müsse. Bischof *Valfredo Bernardo Tepe* (Ilheus, Brasilien) forderte eine ernsthafte und vorurteilsfreie Beschäftigung mit der Frage, ob es nicht notwendig und möglich sei, die in zahlreichen Gemeinden tätigen „*viri probati*“ zu weihen.

Die meisten Synodenväter, die sich zum Zölibat äußerten, plädierten dafür, dessen Sinnhaftigkeit und Angemessenheit für den Priester besser herauszustellen, ihn positiv zu begründen und durch die entsprechende Vorbereitung und Begleitung für die Priester lebbar zu machen. So forderte Kardinal *Adrian Simonis*, der Erzbischof von Utrecht, nach zwanzig Jahren der fortschreitenden Säkularisierung müsse man die Gründe für die

Verbindung von Priesteramt und Zölibat aufzeigen, sie für die heutige Generation erklären und vertiefen. Der kanadische Weihbischof *Frederick Bernhard Henry* schlug vor, die Priesteramtskandidaten vor ihrem Eintritt in das Seminar auf ihre menschliche Reife und auf ihre Fähigkeit zu einem Leben in Zölibat und in Keuschheit zu überprüfen.

Plädoyer für ein Vorbereitungsjahr

Überhaupt war in der Generaldebatte vielfach die Forderung zu hören, die zuständigen Stellen sollten bei der Auswahl der zukünftigen Priester sorgfältig vorgehen und die Anforderungen nicht herabsetzen, um Nichtgeeignete möglichst vom Priesteramt fernzuhalten. Von verschiedener Seite kam in diesem Zusammenhang der Vorschlag, für alle Priesteramtskandidaten ein „propädeutisches Jahr“ einzuführen, in dem vor Beginn der eigentlichen Ausbildung im Seminar bzw. Konvikt die Motivation geklärt und in Spiritualität und Profil des Priesters eingeführt werden könnte. Der Erzbischof von Neapel, Kardinal *Michele Giordano*, charakterisierte dieses Vorbereitungsjahr als Zeit der Herausbildung des „inneren Menschen“, um die Glaubensgewißheit zu erlangen, von Christus in den Dienst der Kirche gerufen zu sein.

Zahlreiche Interventionen beschäftigten sich auch mit den verschiedenen Möglichkeiten, *Priesternachwuchs* zu fördern. Dabei wurde auf die Bedeutung der Familie abgehoben wie auf die der Pfarrgemeinden und geistlicher Bewegungen. Erstaunlich viele Bischöfe plädierten auch für die „kleinen Seminare“, aus denen in einigen Ortskirchen offenbar immer noch ein relativ großer Teil der Priesteramtskandidaten kommt. Zu der Grundfrage, was „Berufung“ zum Priestertum sei und wieweit diese Vorstellung noch trägt, war in der Generaldebatte praktisch nichts zu hören. Demgegenüber galt dem Thema *Weiterbildung* der Priester viel Aufmerksamkeit. Insgesamt hinterließ die erste Phase der Vollversammlung über die Priesterbil-

dung einen *zwiespältigen Eindruck*: Neben Bereitschaft, sich den realen Lebens- und Ausbildungsproblemen der Priester zu stellen das Aufeinanderhäufen immer neuer Anforderungen, die in die Überforderung führen müssen; neben dem Bewußtsein, daß auf der Grundlage der katholischen

Amtstheologie Flexibilität und Offenheit für die Ausgestaltung des priesterlichen Dienstes erforderlich sind, auch der Griff zu traditionellen Denkmustern und Modellen (etwa der Seminarerziehung), die sich nicht mehr ohne Schaden für die Priester und die Gläubigen umsetzen lassen. U. R.

Deutsche Einheit: Die Kirchen zum 3. Oktober

Der nach einem Jahr sich überstürzender Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland und Europa am 3. Oktober vollzogene Beitritt der DDR zur Bundesrepublik war auch Anlaß zu zahlreichen kirchlichen Stellungnahmen. So verabschiedete die Deutsche Bischofskonferenz bei ihrer Herbstvollversammlung in Fulda (vgl. ds. Heft, S. 541) in der Woche vor dem historischen Datum ein kurzes Wort zum 3. Oktober sowie einen ausführlichen Hirtenbrief über „Christliche Verantwortung in veränderter Welt“. Die Feierlichkeiten am Tag der deutschen Einheit in Berlin begannen mit einem ökumenischen Gottesdienst in der evangelischen Marienkirche im Stadtzentrum, bei dem der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann* (Mainz), und der sächsische Landesbischof *Johannes Hempel* predigten. Der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof *Martin Kruse* (Berlin), gab eine Erklärung zum 3. Oktober ab und zum Abschluß ihrer ersten gemeinsamen Sitzung am 5. und 6. Oktober legten Rat der EKD und Konferenz der Kirchenleitungen der bisherigen DDR eine Stellungnahme zur Regelung der *Eigentumsfrage* im vereinten Deutschland vor.

Katholischer Protest gegen die Fristenlösung

Die kirchlichen Äußerungen zum 3. Oktober bzw. zum weiteren Weg der Bundesrepublik hatten etliche Grundmotive durchweg gemeinsam. Dazu gehörte der *Dank* an die Men-

schen in der DDR, die im letzten Herbst die Wende herbeiführten, wie an die politischen Kräfte im In- und Ausland, die die Herstellung der Einheit Deutschlands ermöglichten. Ebenso einhellig war die *Freude* über das Ende des SED-Regimes und die Vereinigung der nach dem Zweiten Weltkrieg zwangsweise getrennten Teile Deutschlands. Es war auch oft davon die Rede, daß Freiheit und Einheit letztlich nicht Menschenwerk, sondern ein Geschenk Gottes seien: „Wenn wir jetzt den Tag der Einheit begehen können, dann ist das nicht allein das Ergebnis menschlichen Handelns. Wir danken Gott für dieses Geschenk“ (Wort der deutschen Bischöfe).

Teilweise wurde geschichtstheologisch aber recht dick aufgetragen. Kardinal *Meisner*, früherer Berliner Bischof und jetziger Kölner Erzbischof, sagte in seiner Predigt am 3. Oktober: „Gott hat an unserem Volk gehandelt. Ein Volk ist keine rein innerweltliche Wirklichkeit ... Was von Gott her zusammengehört, hatten Menschen aus ideologischem Machtstreben vierzig Jahre getrennt.“ Im übrigen geißelte Meisner sehr deutlich die im Einigungsvertrag getroffene Regelung über die *Weitergeltung der Fristenlösung* in der bisherigen DDR. Die Liebe zum eigenen Volk drängte dazu, die Unantastbarkeit des Menschen von seiner Empfängnis im Mutterleib bis zu seinem Tod einzuklagen: „Wir beklagen es in großer Betroffenheit, daß unser bewährtes Grundgesetz für den Bereich der früheren DDR gerade in dem Teil auf Zeit ausgesetzt wird (ein

Tag wäre schon zu lange), der das Leben der ungeborenen Kinder schützt.“ Kardinal *Friedrich Wetter*, der Erzbischof von München und Freising, sprach in seiner Predigt am 3. Oktober von einem „tiefen Schatten“ über dem Tag der Einheit, weil im Einigungsvertrag „für den Ostteil unseres Vaterlandes der Schutz der ungeborenen Kinder in einer Weise preisgegeben wurde, die unserer Verfassung und dem Sittengesetz widerspricht“.

Der Pressebericht über die Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz hielt als Ergebnis der Beratungen zum Schutz des ungeborenen Kindes fest, die im Einigungsvertrag getroffene Regelung sei *nicht annehmbar*. Es sei bedauerlich, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten mit einer Minderung des Schutzes der ungeborenen Kinder beginne. Die Bischöfe „bedauern zutiefst, daß Politikerinnen und Politiker die Minderung des Lebensschutzes der ungeborenen Kinder als einen Sieg gefeiert haben und das von Walter Ulbricht 1972 unterschriebene Gesetz auf ganz Deutschland ausdehnen wollen“. Die fehlende Sensibilität für diese Frage bedeute einen Rückfall in einen längst als überwunden geglaubten Diskussionsstand. Im Hirtenbrief „Christliche Verantwortung in veränderter Welt“ wird ebenfalls bekräftigt, die katholische Kirche werde keinesfalls hinnehmen, daß der Staat den Schwangerschaftsabbruch praktisch freigebe, wie dies in der Fristenregelung der Fall sei.

„Die Freude ist nicht ungetrübt“

Der Hirtenbrief nennt den Schutz des menschlichen Lebens als ersten der Bereiche, die unter der Überschrift „Aus christlicher Verantwortung die Zukunft gestalten“ aufgelistet werden. Es folgen „Sorge um Ehe und Familie“, „Erziehung und Bildung“, „Wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit“, „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, „Unsere Verantwortung gegenüber Aussiedlern und Asylsuchenden“, „Verantwortung für Entwicklung und Frieden“ und „Verantwortung